

Vortrag an den Ministerrat

Bericht über die Tagung des Rates der Europäischen Union (Landwirtschaft/Fischerei) in Brüssel am 26. Januar 2026

Am 26. Januar 2026 tagte der Rat Landwirtschaft und Fischerei unter dem Vorsitz der zyprischen Ministerin für Landwirtschaft, ländliche Entwicklung und Umwelt, Maria Panayiotou, in Brüssel. Bundesminister Norbert Totschnig vertrat die österreichischen Interessen. Die Kommission wurde durch Kommissar Christophe Hansen (Landwirtschaft und Ernährung), Kommissar Olivér Várhelyi (Gesundheit und Tierwohl), Kommissarin Jessika Roswall (Umwelt, Wasserresilienz und eine wettbewerbsfähige Kreislaufwirtschaft) und Kommissar Costas Kadis (Fischerei und Ozeane) vertreten.

Im Vordergrund standen die Tagesordnungspunkte zum zyprischen Arbeitsprogramm, die EU-Bioökonomiestrategie sowie die Änderung der Verordnung über den ökologischen Landbau. In der Vorstellung des Vorsitzes über das Arbeitsprogramm für das nächste Halbjahr stand eine autarkere und widerstandsfähigere EU im Fokus. Konkret sollen die Verhandlungen zur zukünftigen GAP vorangetrieben und damit einhergehend die Stärkung der Landwirtschaft in der Lebensmittelproduktionskette unterstützt, die Attraktivität für Junglandwirtinnen und -Junglandwirte erhöht sowie insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden.

Betreffend die EU-Bioökonomiestrategie hat die Europäische Kommission insbesondere auf die Bedeutung der Primärerzeugung biogener Rohstoffe hingewiesen. Weiters seien das Ankurbeln von Investitionen, die Förderung von Innovation, das Schaffen von Leitmärkten, die Bereitstellung nachhaltiger Biomasse und globale Partnerschaften essentiell. Betont wurden Leitmärkte in den Bereichen bio-basierter Baumaterialien zur Substitution von fossilen Rohstoffen, bio-basierte Düngemittel zur Reduktion von Importen sowie Bio-Plastik. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, darunter auch Österreich, messen der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei als Primärproduzenten eine

wichtige Rolle in der Bioökonomie bei. Sie seien daher entlang der Wertschöpfungskette und Prozesse der Bioökonomiestrategie einzubinden. Zusätzliche Berichtspflichten, Überregulierung sowie ein neues Monitoring gelte es dabei zu vermeiden. Österreich unterstrich neben einer effektiven Kreislaufwirtschaft auch die Bedeutung der Bioökonomie im Kontext der Versorgungssicherheit und Technologieneutralität. Die Diskussionen am Rat Landwirtschaft und Fischerei sollen zu den Ratsschlussfolgerungen, welche im März am Rat Umwelt angenommen werden sollen, beitragen.

Die Europäische Kommission hat weiters die Verordnung zur Änderung der Verordnung über den ökologischen/biologischen Landbau hinsichtlich der Vorschriften für Produktion, Kennzeichnung, Zertifizierung und Handel vorgestellt. Die Änderungen sollen durch eine Liste von EU-Produktions- und Kontrollanforderungen mehr Klarheit bei der Verwendung des Bio-Logos schaffen. Weiters müsse die 2026 auslaufende Anerkennung von Gleichwertigkeitsregelungen bei elf Drittstaaten um weitere zehn Jahre verlängert werden, um Handelsverzerrungen zu vermeiden. Zahlreiche Mitgliedstaaten, darunter Österreich, sprachen sich für einen raschen Abschluss der Verhandlungen im Sinne der Erleichterungen für Betriebe aus.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurde eine Informationsnote der slowenischen Delegation betreffend Tierwohl und das Vereinfachungspaket zu Lebens- und Futtermittelsicherheit diskutiert. Ferner stellte der Vorsitz gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine Informationsnote zur Ernährungssicherheit und -souveränität der EU vor, in welcher auf die Ergebnisse des Treffens der Agrarministerinnen und -minister vom 7. Januar 2026 verwiesen wurde. Hervorgehoben wurde auch die Wichtigkeit von Düngemittel und Pflanzenschutzmitteln als Priorität des zyprischen Vorsitzes.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurde ebenfalls eine Informationsnote zur Herkunftskennzeichnung von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen der französischen, österreichischen, bulgarischen, finnischen, portugiesischen, rumänischen, slowakischen, slowenischen und spanischen Delegation behandelt. In der Note wird darauf verwiesen, dass die Ausweitung der Herkunftskennzeichnung auch ein Anliegen der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Sinne einer informierten Kaufentscheidung sei. Ferner wurden die Informationsnoten der ungarischen sowie der italienischen Delegation zur kritischen Lage auf dem europäischen Milchmarkt behandelt. Die deutsche Delegation berichtete in ihrer Informationsnote über den Anpassungsbedarf bei Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch.

Österreich hat in seiner Informationsnote die steigenden Düngemittelpreise und damit verbundene Auswirkungen auf die EU-Landwirtschaft zur Diskussion gebracht. Die europäischen Ackerbaubetriebe sind mit hohen Düngemittelpreisen konfrontiert, welche bis zu 30% der Produktionskosten ausmachen, bei gleichzeitig niedrigen Erzeugerpreisen. Österreich trete für eine starke und Import-unabhängigere EU-Düngemittelproduktion ein, welche allerdings derzeit den aktuellen Bedarf nicht decken könne. 20 Mitgliedstaaten sowie die Europäische Kommission dankten Österreich für das Aufgreifen dieses wichtigen Themas.

Weiters wurde eine Informationsnote der polnischen, österreichischen, ungarischen und slowakischen Delegation betreffend erforderliche Maßnahmen zum Schutz sensibler Agrarsektoren in Bezug auf bilaterale Handelsabkommen behandelt, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer vertieften kumulativen Analyse sowie möglicher Ausgleichsmechanismen.

Ebenfalls unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ wurden eine Reihe von Informationsnoten betreffend Fischerei und Meere behandelt. Abschließend berichtete Malta über erhebliche Schäden im maltesischen Landwirtschafts- und Fischereisektor, welche durch einen Sturm ausgelöst wurden.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

18. Juni 2026

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister